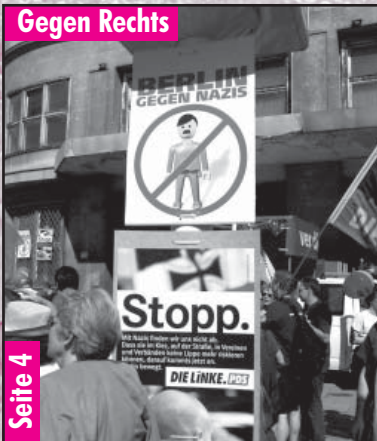


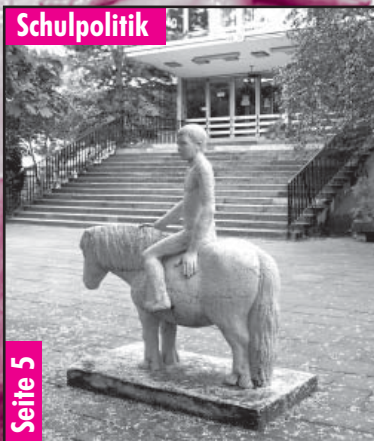


Gegen Rechts



Seite 4

Schulpolitik



Seite 5

Parteitag



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Nur wer gut isst, kann gut lernen



Vorspiel: Es wird zu einer Tradition, dass zu Recht empörte BürgerInnen zu Tagungen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erscheinen, um gegen die Auswirkungen der Haushaltssperre zu protestieren. Diesmal kamen Kinder und Eltern der Klecks-Grundschule, die künftig kein Geld für Materialien zur Freizeitgestaltung der SchülerInnen zur Verfügung haben.

Den ersten Schwerpunkt in der Debatte setzte ein Antrag der Linksfraktion: Ein umfangreicher Katalog von Anforderungen an das Verfahren der anstehenden Ausschreibungen für das Schulesen soll die Qualität verbessern und die Beteiligung der Schulen erweitern.

Sören Benn, jugendpolitischer Sprecher der Linksfraktion, hat viele Gespräche mit den Eltern geführt: „Es handelt sich nicht um die Kritik, dass das Essen nicht schmeckt.“

Die Caterer halten sich aber teilweise nicht an die vereinbarten Standards, wie zum Beispiel die Häufigkeit von Gerichten mit Fleisch, vitaminreicher Kost oder Süßwaren.

Außerdem sollte die Qualität durch einen höheren Anteil von Bio-Produkten und gesunden Zutaten aus

der Region gesichert werden. „Auf unseren Antrag hin, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde, wird sich der Bezirk nun gemeinsam mit Schulen und Eltern für eine Verbesserung schon bei der Aus-



schreibung bemühen. Nicht immer ging es so sachgerecht zu wie bei diesem Antrag. Für Unmut sorgte der Versuch der SPD-Fraktion, die Entscheidung für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung südlich des S-Bahn-Rings zu beschleunigen.

Die BVV wird sich für diese wichtige Entscheidung aber die Zeit nehmen, die nötig und angemessen ist.

Berechtigte Aufregung gab es auch, als deutlich wurde, dass die Weichenstellung für die Gründung einer Grundschule am Eliashof, der jetzt noch ein Jugend- und

Kulturstandort ist, bei der Beantragung von Mitteln für das Sanierungsgebiet Helmholtzplatz quasi nebenbei und vor der endgültigen Beratung in den Fachausschüssen geschehen sollte. Die Linksfrak-

tion protestierte vergeblich gegen diesen Schritt, mit dem die Arbeit der Ausschüsse entwertet und über die Köpfe der am Eliashof Aktiven hinweg dieser Standort der Jugendkulturarbeit und der Musikschule demontiert wird.

Kein Wunder, dass die Tagungszeit nicht ausreichte, um alle Drucksachen zu beraten. So wird es am 18. März eine Fortsetzungssitzung geben, dann müssen sich die Bezirksverordneten selbst um ihr leibliches Wohl sorgen, denn die Küche bleibt an diesem Tag geschlossen.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Alle Jahre neu...

...beginnt für tausende sechsjährige Kinder in Berlin die Schulzeit. Auch im Bezirk Pankow wird langfristig geprüft, ob für alle Schulanfänger in den Grundschulen ausreichend Plätze zur Verfügung stehen.

Nach der bisher unvollständigen Übersicht reichen in der Mehrzahl der Wohngebiete die Grundschulen aus, um einen ordnungsgemäßen Unterricht gestalten zu können.

Unzureichend ist die Lage im Helmholtzkiez. Durch Zuzüge in dieses Wohngebiet wird deutlich, dass die Grundschulen nicht alle Kinder „wohnnah“ einschulen können. Was tun? Es ist unzumut-

bar, dass Schulanfänger sehr lange Schulwege zurücklegen müssen, um Schulen außerhalb des unmittelbaren Wohngebietes zu besuchen. In der Kürze der Zeit ist ein Schulneubau nicht möglich. Es gäbe eine Möglichkeit, den Eliashof in der Senefelderstraße, zur Zeit ein Jugend- und Kulturzentrum, wieder zu einer Grundschule zu entwickeln.

Das findet bei den Verantwortlichen für Jugend und Kultur keine Zustimmung, wie in drei Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung diskutiert wurde. Der Bürgermeister, Matthias Köhne (SPD), bat die Verordneten um

zwei Monate Zeit für die Prüfung einer neuen Variante. Es soll untersucht werden, ob das Bezirksamtsgelände in der Fröbelstraße für einen Grundschulstandort in Frage kommt.

Eine gewisse Unsicherheit in der Entscheidungsfindung überhaupt entsteht auch daraus, dass die Schulverwaltung noch nicht weiß, wie viele Kinder in Privatschulen gehen, zurück gestellt werden, oder sich in anderen Bezirken einschulen lassen möchten.

Die Verordneten werden sich weiterhin mit diesem Problem befassen.

Klaus Flemming

Das Interview

Wege aus der Krise

extraDrei sprach mit Harald Wolf (DIE LINKE), Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen:

Die Finanzkrise wächst sich zur globalen Wirtschaftskrise aus. Wirtschaftlicher Rückgang, enorme Staatsverschuldung und Arbeitsplatzabbau sind die Folgen. Worin siehst Du die Ursachen?

Wir können nun die Ergebnisse neoliberaler Deregulierungswut und politischer Verantwortungslosigkeit vieler Regierungen einschließlich der früheren rotgrünen Bundesregierung besichtigen. Der Casino-Kapitalismus zeigt seine Unkontrollierbarkeit und seine verheerende wirtschaftliche, finanzielle und gesellschaftliche Wirkung. Die Leidtragenden sind wieder die Bürger. Zu den Ursachen zählen vor allem die Leistungsbilanzdefizite der USA und die Überschüsse Chinas und Deutschlands. Das zeigt, dass der US-Boom auf Pump auch durch Deutschland finanziert worden ist. Ein anderes Problem war die massive Umverteilung nach oben, die Gewinne akkumuliert hat und erst die enormen spekulativ angelegten Geldmengen möglich machte, die eben nicht in die Realwirtschaft investiert wurden. Schließlich haben Banken ihre Risiken falsch bewertet. Zu den Ursachen gehört aber auch, dass der Rückzug des Staates aus vielen Aufgaben durch neoliberale Politik mit Deregulierungen verbunden wurde. Deshalb ist es wichtig, wieder über die Aufgaben des Staates, über Regulierung und über das Verbot von bestimmten Finanzprodukten zu sprechen. Und für diese Aufgaben braucht es eine solide Einnahmehasis des Staates, mithin also auch eine Wende in der Steuerpolitik mit dem Ziel mehr Steuergerechtigkeit und mehr Einnahmen für die öffentlichen Haushalte.

Mit ihren Konjunkturpaketen gibt die Bundesregierung satte 80 Mrd. Euro aus, um die Konjunktur zu stützen. Ist das der richtige Weg aus der Wirtschaftskrise?

Wenn man die von mir beschriebenen Ursachen sieht und sich die dramatischen Wachstumseinbrüche

und Auftragsrückgänge der jüngsten Monate ansieht, dann erkennt man, dass wir möglicherweise einem epochalen Bruch gegenüberstehen. Das bisherige Akkumulationssystem des Kapitalismus funktioniert nicht mehr. Es bringt aktuell die Realwirtschaft in Gefahr. Gemessen an dieser Problemstellung versagt die Bundesregierung mit ihren Versuchen zur Krisenbewältigung. Die Berliner LINKE hat gegen das von der Bundesregierung vorgelegte Paket gestimmt, weil es insgesamt zu klein dimensioniert ist und eine falsche Zusammensetzung aufweist. Zu unterstützen sind zwar die Investitionsteile und die Ausrichtung auf Bildung und Klima. Aber genau dieses Element kommt im Gesamtpaket deutlich zu kurz. Der Kinderbonus wiederum ist ein kleiner richtiger Schritt. Notwendig wären kurzfristig wirksame Elemente wie Konsumgutscheine gewesen oder höhere Hartz IV-Sätze, die dauerhaft die Binnennachfrage stärken. Zahlreiche seriöse Ökonomen haben vorgerechnet, dass der Umfang des Pakets zur Konjunktur Stabilisierung doppelt so hoch hätte sein müssen.

Kommen die Hilfspakete auch beim Bürger an? Werden damit soziale Entlastungen gegenfinanziert?

Was Berlin angeht, so hat der rote Senat sich entschieden, in den Schulen durch zusätzliche Investitionen die Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren entschieden zu verbessern. Dazu wurde schon vor Verabschiedung des Bundeskonjunkturprogramms ein eigenständiger zusätzlicher Beschluss gefasst, ca. 50 Millionen Euro in die Schulsanierung zu investieren. Dieses Engagement zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm plus die zügige Nutzung der Bundesmittel werden konjunkturell in Berlin wirken und zugleich die Bildungsqualität verbessern helfen. Soweit das nach den Kriterien des Konjunkturpaketes zulässig ist, sind wir auch bemüht, Träger sozialer Einrichtungen zum Beispiel durch die energetische Sanierung zu unterstützen. Hier wie auch im

Bereich der Finanzierung von Kurzarbeit kann man von wichtigen sozialen Wirkungen sprechen.

Durch das Konjunkturpaket II kann das Land Berlin in den nächsten zwei Jahren 632 Mio. Euro mehr für Investitionen ausgeben. Was soll damit geschehen und ist das der erhoffte warme Regen für die Berliner Wirtschaft?

Der warme Regen ist nicht ausreichend warm genug. Aber auf Landesebene sind wir bemüht, die richtigen sozialen, bildungspolitischen und zukunftsweisenden Akzente mit dem Geld zu setzen. Die energetische Sanierung wird unsere klimapolitischen Ziele durch die Energieeffizienz und sinkende CO₂-Ausstoß verwirklichen helfen. Im Bereich der Investitionen in Forschungseinrichtungen bin ich an konkreten Ausrüstungsanschaffungen interessiert, die unsere Krankenhäuser und auch Forschungseinrichtungen voranbringen. Das ist gut angelegtes Geld

Hat die LINKE im Bundestag eigene soziale Schwerpunktsetzungen bei der Aufteilung der Gelder der Konjunkturpakete eingebracht?

Natürlich. Die Forderungen nach Erhöhung von Renten und Hartz IV-Sätzen sind Beleg dafür. Hier würden sich nachfragewirksame Konjunkturimpulse gut mit einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit verbinden. Die Kritikpunkte der LINKEN waren stets auf die Schwerpunktsetzungen der Regierung gerichtet, die nur Haushaltsbelastungen bedeuten, aber keine Konjunkturwirkung bringen. Sozial heißt auch, öffentliche Investitionen zu realisieren und dafür die notwendigen Mittel jetzt oder später durch solide Haushaltspolitik einzunehmen.

Und das erfordert eine Umverteilung von oben nach unten. Aus diesem Grunde stehen wir übrigens derzeit auch gegen die Ideen der Schuldenbremse im Grundgesetz, die uns von liberal-konservativer Seite im Zuge der Refinanzierung der Konjunkturausgaben aufgedrängt werden soll.

Fragen: *Andreas Bossmann*



Gegen Nazis

Gemeinsam gegen Rechts



Ende Januar 2009 fand im Berliner Abgeordnetenhaus die Konferenz „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus“ statt, veranstaltet von den Fraktionen der LINKEN im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus.

DIE LINKE ist ein aktiver Part im Bündnis von DemokratInnen und AntifaschistInnen in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf allen Ebenen: Auf der Straße, im Parlament und in der gesellschaftlichen Debatte. Sich den aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus und der antifaschistischen Gegenstrategien zu vergewissern, diesem Ziel sollte die Konferenz dienen.

Über 200 TeilnehmerInnen kamen, um unter anderem die beiden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag und Abgeordnetenhaus, Gregor Gysi und Carola Bluhm, den Politikwissenschaftler Richard

Stöss oder die Journalistin Andrea Röpke zu hören und in elf Workshops zu diskutieren. Die Themen reichten vom Umgang mit Nazis in Parlamenten, Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs bis zur Diskussion alter und neuer Förderprogramme gegen Rechtsextremismus.

Berliner Erfahrungen flossen reichlich ein. Nicht nur die Berliner Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), das Antifaschistische Pressezentrum und Bildungsarchiv Berlin (apabiz) oder das Zentrum für Antisemitismusforschung hatten ReferentInnen für die Workshops gestellt. Am Beispiel der Berliner Landeskonzepktion gegen Rechtsextremismus wurde zudem der Frage nachgegangen, wie eine Gesamtstrategie auf Landesebene aussehen kann. Eben diese Landeskonzepktion gilt als beispielhaft für andere Bundesländer. Kostenlose Infos hierzu

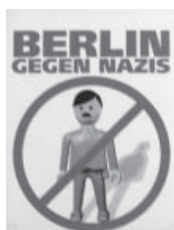
gibt es im Flyer „Demokratie.Vielfalt.Respekt.“ bei der LINKEN im Abgeordnetenhaus.

Den Abschluss der interessanten Konferenz teilten sich Esther Bejarano vom Auschwitzkomitee mit bemerkenswerten Berichten über ihre Nachkriegserlebnisse in Deutschland und ein bunt besetztes Podium, moderiert von Frank Jansen vom Tagesspiegel. Zum „Engagement gegen Rechtsextremismus“ diskutierten Maya Zehden von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Köhnen von ver.di, der Superintendent des Kirchenkreises Wittstock-Ruppin, Heinz-Joachim Lohmann, Ulli Jentsch vom apabiz sowie Petra Pau, Vizepräsidentin des Bundestages und der Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heinz Vietze. An einer Dokumentaion zur Konferenz wird gearbeitet.

Udo Wolf

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Ein Nazianwalt in Weißensee



Bizetstraße 24, ein älterer Herr öffnet die Tür eines Gartenhauses. Es ist Wolfram Nahrath, der nach Jürgen Rieger „prominenteste“ Nazi-anwalt in der BRD.

Einen unrühmlichen Namen machte sich Nahrath schon in seiner Jugend, in der er zusammen mit seinem Vater maßgeblich am Aufbau der mittlerweile verbotenen Wiking-Jugend beteiligt war. Bis zu ihrem Verbot war er deren letzter Bundesvorsitzender.

Sein Bruder Ulf bekleidete Posten im Bundesvorstand der 1995 verbotenen Freiheitlichen Arbeiter Partei Deutschlands (FAP), deren Programm sich stark an das der NSDAP anlehnte.

Wolfram Nahraths Mutter Gisela, früher Ringführerin des Bundes Deutscher Mädels, war ebenfalls in verschiedenen Neonaziorganisationen aktiv.

Nahrath ist ein aktiver Neonazi, der über seine für das rechte Milieu wichtigen Aktivitäten als Verteidiger hinaus auch regulär Demonstrationen besucht und nationalsozi-

alistische bzw. recht konservative Organisationen finanziell unterstützt.

Wolfram Nahrath verteidigte den Jung-Nazi Steffen Henze, welcher maßgeblich an der Ermordung des Algeriers Farid Gouendoul beteiligt war. Henze und zwölf weitere Täter hatten den Migranten in der Nacht des 13. Februar 1999 durch Guben gehetzt. Gouendoul verblutete in einem Hausflur, nach dem er voller Panik durch die Scheibe eines Hauseingangs sprang, um vor seinen Verfolgern zu flüchten.

Am 24. Oktober 2008 war der Berliner NPD-Landesvorsitzende Jörg Hähnel vor dem Amtsgericht Tiergarten wegen seiner provokatorischen Äußerungen am 13. Dezember 2007 in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung angeklagt. Dort hatte er nicht nur die Umbenennung des Anton-Saefkow-Platzes in „Waldemar-Pabst-Platz“ gefordert. Pabst war Freikorpsoffizier und befahl den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Hähnel „würdigte“ diesen

Mord sogar noch als „entschlossene Tat“, die „politisch geboten“ und „von der deutschen Geschichte“ als „förderlich legitimiert“ sei. Die Verhandlung wurde mit dem Auftritt des Nazianwalts Wolfram Nahrath zur erneuten Provokation. Erstaunlich milde fiel das Urteil aus: Wegen „öffentlicher Billigung von Straftaten“ wurde der NPD-Barde Hähnel zu einer Geldstrafe von 4.500 Euro verurteilt.

Wolfram Nahrath verteidigte unter anderem die Pankower Neonazis Daniel Steinbrecher und Diego Pfeifer, welche mehrfach an Übergriffen auf lokale AntifaschistInnen beteiligt waren.

Des Weiteren profitiert Nahrath von der Tatsache, dass rechtes Gedankengut und die daraus resultierenden Naziübergriffe in der BRD zur traurigen gesellschaftlichen Realität gehören. Deshalb ist es nicht länger tragbar, dass er hier in der Bizetstraße 24, von der breiten Öffentlichkeit unbemerkt, seine Kanzlei betreibt.

AG Antifa

„Ethik“ schließt Gott nicht aus

Die Aufmerksamkeit, die die Initiative Pro Reli erhält, ist sehr groß. Fast täglich finden sich in den letzten Monaten Artikel in Zeitungen, der sich mit dem Volksbegehren dieser Initiative beschäftigt.

Und trotzdem habe ich immer wieder den Eindruck, jeder versteht nur das, was er verstehen möchte. Das Motto der Initiative „Für die Wahlfreiheit“ scheint zu suggerieren, dass eine Wahl des Faches Religion seit der Einführung von Ethik als reguläres Unterrichtsfach ab der siebenten Klasse der Sekundarstufe I nicht mehr möglich ist. Das stimmt aber nicht.

Im Westteil Berlins hat es sich seit 1949 bewährt, dass an den Schulen fakultativer Religionsunterricht angeboten wird. Das heißt, wer es möchte, kann am Religionsunterricht teilnehmen. Das gilt weiterhin und in den letzten Jahren haben sich die Teilnehmerzahlen unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung kaum verändert. Auch das von Rot-Rot eingeführte, ab der siebten Klasse obligatorische Un-

terrichtsfach Ethik hat daran nichts geändert.

Es freut mich nicht, dass die direkte Demokratie, für die wir lange ge-



stritten haben, sich nun gegen Entscheidungen richten kann, die wir in der Rot-Roten Koalition getroffen haben. Aber wer mehr Demokratie will, muss auch mit Entscheidungen gegen die eigenen Ziele leben können.

Denn es geht hier nicht um unsere Eitelkeiten. Es geht um die Tatsache, dass es in einer Stadt mit

Einwohnern aus mehr als 100 verschiedenen Nationen gut ist, Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Religionen und Weltanschauungen bekannt zu machen und ihnen Raum zu bieten, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Der gemeinsame Ethikunterricht bietet diese Möglichkeit. Die Jugendlichen werden über Lebensweisen, Traditionen, Bräuche und Konventionen informiert, aber auch für Unterschiede sensibilisiert. Akzeptanz, Toleranz und Verständigung über gemeinsame und anzuerkennende Grundlagen unserer Gesellschaft sind unerlässlich für das friedliche und solidarische Zusammenleben aller Berlinerinnen und Berliner.

Und das geht gemeinsam im Ethikunterricht eben besser, als wenn jede Religion für sich ist, wie es Pro Reli will. Deshalb bin ich gegen eine Einführung von Religion als Wahlpflichtfach und werde am 26. April mit NEIN stimmen.

Carola Bluhm

Vorsitzende der Linksfaktion im Abgeordnetenhaus



Zöllner-Schule vs. Gemeinschaftsschule?

Die LINKE in Berlin ist angetreten, das gegliederte Schulsystem zu überwinden. Wir wollen die Gemeinschaftsschule als Schule für alle Kinder, damit sich die Qualität der Bildung verbessert und Bildungschancen nicht mehr von der Geldbörse der Eltern abhängen.

Dafür haben wir in Berlin eine Pilotphase Gemeinschaftsschule durchgesetzt, die gut angelaufen ist und an der sich Schulen freiwillig beteiligen können. Damit haben wir die lange verweigerte Diskussion über eine Veränderung der Schulstruktur angestoßen. Nunmehr hat aber auch Bildungssenator Zöllner (SPD) Vorschläge unterbreitet.

Seine Pläne sehen vor, dass ab 2010 Haupt- und Realschulen auslaufen und mit der Gesamtschule zu einer Schulform zusammengefasst werden. Diese so genannte Sekundarschule soll eine Ganztagschule sein und zu allen Abschlüssen führen. Das Gymnasium führt in zwölf

Jahren, die Sekundarschule in 12 oder 13 Jahren zum Abitur. An den Sekundarschulen sollen Formen des Praktischen Lernens angeboten werden.

DIE LINKE hat angesichts dieser Pläne ihre Vorstellungen zur Schulstruktur konkretisiert und wird sie auf einem Landesparteitag am 28. März und später mit der SPD als Koalitionspartner diskutieren.

Unser Ziel ist die Gemeinschaftsschule als eine Schule für alle Kinder von der 1. bis zur 10. Klasse bzw. bis zum Abitur. Dafür muss die Pilotphase Gemeinschaftsschule ausgeweitet werden. Wichtig ist uns, dass Sekundarschule und Gymnasium gleichwertig in Bezug auf Abschlüsse, Bildungsstandards und Förderung von Spitzenleistungen sind.

Wir wollen das zwangsweise Abschlüsse abschaffen und einer sozialen Ausdifferenzierung zwischen Gymnasium und Sekundarschule

entgegenwirken, in dem wir die Ausstattung der Schulen verbessern und eine Aufnahmeordnung für die Schulen einführen.

Nach unseren Vorstellungen arbeitet die Sekundarschule integrativ und fördert individuelles Lernen, und zwar ohne Sitzen bleiben und die verpflichtende Aufteilung der Kinder in leistungsdifferenzierte Gruppen.

Zur Schulstrukturreform gehört natürlich auch die Lehrerbildung. Hier will DIE LINKE gleichwertige Abschlüsse und gleiche Ausbildungszeiten für alle Lehrkräfte schaffen.

Unter diesen Voraussetzungen kann eine Strukturreform ein Schritt in Richtung Gemeinschaftsschule für alle sein. Auch wenn für die komplette Überwindung des gegliederten Schulsystems derzeit noch die politischen Mehrheiten fehlen.

Steffen Zillich,

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Gemeinsam für einen Wechsel in Europa

Europaparteitag der Linken

562 Delegierte, hunderte Anträge sowie 500 VertreterInnen und 82 BewerberInnen trafen sich am 28. Februar und 1. März in der Ruhrstadt Essen, um das Europawahlprogramm der LINKEN zu verabschieden und ihre KandidatInnen für das Europäische Parlament (EP) zu wählen. DIE LINKE ist - genau wie das sich im Strukturwandel befindliche Essen - in Veränderung. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im EP, Gabi Zimmer, zog zunächst Bilanz. In der Fraktion der Vereinten Europäischen Linke / Nordisch Grüne Linke haben die sieben Abgeordneten der LIN-



KEN gegen das Sozialdumping der Dienstleistungsrichtlinie oder die Vorratsdatenspeicherung und für Mindestlöhne in den europäischen Mitgliedstaaten gekämpft.

Der Parteivorsitzende der LINKEN, Lothar Bisky, forderte mit Blick auf die aktuelle Krise ein europäisches Konjunkturprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro, um insbesondere in Bildung, Kultur und Ökologie zu investieren. Es geht um einen gemeinsamen Wechsel in Europa: Für ein soziales, gerechtes und friedliches Europa, so Bisky.

In der Wahlprogrammdebatte wurde unterstrichen, dass es nicht darum gehe, „Ob Europa“, sondern um „Wie Europa“, so unter anderem Kerstin Kaiser, die Spitzenkandidatin der LINKEN für die Brandenburger Landtagswahl im Herbst. Europa beginne beispielsweise mit der Gestaltung des Wirtschafts- und Sozialraums der Oder-Region zusammen mit den polnischen Wojewodschaften. Sie erteilte damit allen Äußerungen im Vorfeld des Parteitages zu einem anti-europäischen

Kurs der LINKEN eine Absage.

Trotz dieser Werbung blieb in der engagierten Debatte die kulturelle Dimension des Projekts Europa unterbelichtet. Vielmehr stand die Absage an die neoliberale, wettbewerbsorientierte Politik und an die militärische Konfliktlösung im Vordergrund. Lediglich in der Präambel wurde positiv und komprimiert beschrieben, wofür DIE LINKE in Europa eintritt: Für gute Arbeit, einen ökologischen Strukturwandel, die strikte Kontrolle des Finanzmarktes, ein starkes Parlament, die Verankerung von Grund- und Freiheitsrechten sowie für ein Europa, das offen ist für Flüchtlinge, Frauen gleiche Teilhabe gewährt, Regionen stärkt und öffentliche Daseinsvorsorge erhält.

Die Abstimmung der Änderungsanträge verlief – mangels Eingreifen des Parteivorstandes – zuweilen schrill. So stimmte der Parteitag die eine oder andere ambitionierte Forderung in das Programm. Unseren zukünftigen Mitgliedern im EP wurde zum Beispiel aufgegeben, in den nächsten fünf Jahren nicht nur Vollbeschäftigung nebst Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in ganz Europa durchzusetzen, sondern den Kapitalismus ganz zu überwinden.

Auch die mit Spannung erwartete Aufstellung der KandidatInnen enthielt Zündstoff. So wurde Lothar Bisky noch mit überwältigender Mehrheit gewählt. Sabine Wils auf Platz 2 erhielt schon deutlich weniger Stimmen. Gabi Zimmer, Thomas Händel und Cornelia Ernst überzeugten auf den Plätzen 3 bis 5 mit fast 80 Prozent.

Ab Platz 4 wuchs die Zahl der Bewerber. So gab es allein für Platz 12 zehn Kandidaten. Der Wahlmarathon für die 30-köpfige Bundesliste dauert dann auch bis in den frühen Sonntagabend.

Den ersten Show-Down gab es auf Platz 7. Hier kandidierte die Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann gegen die vom Bundesausschuss vorgeschlagene Sabine Lösing.

Der Bundesausschuss, der de facto kleine Parteitag der LINKEN, hatte bereits im Januar bis Platz 16 einen

Listenvorschlag unterbreitet. Kaufmann, genauso wie der auf Platz 12 kandidierende André Brie, war nicht darauf. Stattdessen wurde stakatohaft auf dem Parteitag darauf verwiesen, dass die Liste den Einigungsstand der neuen Partei darstelle und deswegen auf einem Ostplatz nur Osis und auf einem Westplatz nur Wessis kandidieren könnten. Ein unpolitisches und auch nicht sehr demokratisches Argument, das im Übrigen für die weiteren Listenplätze dann nicht mehr ganz so ernst angewandt wurde.

Trotz des nun fast 20 Jahre andauernden Bemühens, eine gesamtdeutsche Partei zu sein und die bestehenden innerparteilichen kulturellen und politischen Unterschiede abzubauen, entschied sich der Parteitag gegen Brie und Kaufmann. Kaufmann's Minderheitenposition zum EU-Reformvertrag und Brie's „Vordenkertum“ fanden nur rund ein Drittel der Delegierten wählbar. Auch auf den hinteren Listenplätzen unterlagen KandidatInnen aus dem Osten und solche mit einer dezidiert proeuropäischen Haltung. Es scheint sich also sowohl ein Regional- wie ein Flügelproblem anzudeuten.

Der in der Partei viel beschworene Pluralismus hat an diesem Wochenende jedenfalls Schaden genommen. Aber auch die ostdeutschen Landesverbände haben ihre derzeitige strategische Schwäche im Hinblick auf ein gemeinsames Agieren bei Programm und Personal offenbart. Sie müssen lernen, mit den Flügeln zu schlagen.

Sandra Brunner
Parteitagsdelegierte

Die KandidatInnen der LINKEN

1. Lothar Bisky, Sachsen
2. Sabine Wils, Hamburg
3. Gabriele Zimmer, Thüringen
4. Thomas Händel, Bayern
5. Cornelia Ernst, Sachsen
6. Jürgen Klute, Nordrhein-Westfalen
7. Sabine Lösing, Niedersachsen
8. Helmut Scholz, Brandenburg
9. Martina Michels, Berlin
10. Tobias Pflüger, Baden-Württemberg

Rot-schwarz verklagt rot-rot

Die Bundesregierung hat gegen das Land Berlin Klage wegen angeblich überhöhter Zahlungen von Wohnkosten an Hartz-IV-Beziehende erhoben. Die Angemessenheit der Wohnkosten wurde in Berlin dank der Ausführungsverordnung Wohnen (AV Wohnen) bislang erst ein Jahr nach Beginn des Leistungsbezugs überprüft. Diese sozialpolitisch sinnvolle Regelung wurde von der Bundesregierung kritisiert und der Bundesrechnungsausschuss forderte mit den Stimmen aller Parteien außer denen der LINKEN, dass Berlin diese Frist verkürzt.

Eingeführt wurde die AV Wohnen im Jahre 2005, um Arbeitslosengeld II-Beziehende die Möglichkeit zu geben, ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren, wieder eine Existenz sichernde Beschäftigung zu finden. Untersuchungen belegen, dass im ersten Jahr des Hartz IV-Bezugs die Chance, einen Job zu finden, viel höher ist als danach. Darüber

hinaus hat die Regelung dazu beigetragen, die soziale Durchmischung in den Wohnquartieren zu erhalten. Leider musste Berlin die rechtlich umstrittene Jahresfrist in der AV Wohnen in eine Halbjahresfrist umwandeln. Trotzdem hat die Bundesregierung nun Klage erhoben. Dabei ist bis heute nicht bewiesen, ob die Berliner Regelung überhaupt zu Mehrausgaben führt. Die Bundesregierung wird Mühe haben, dies anhand eines jeden Einzelfalles zu beweisen.

Im Kern geht es bei der Klage um die politische Frage der Verantwortung für den Erlass einer solchen Regelung. Die Bundesregierung hatte die Verantwortung seinerzeit explizit abgelehnt. Sie wollte und will nicht regeln, wann und in welchem Verfahren die Angemessenheit von Unterkunftskosten festgestellt werden kann. Das hat sie bewusst Ländern und Kommunen überlassen.

Anstatt Erstattungsansprüche geltend zu machen, hätte sich das



Bundesarbeitsministerium über die guten Erfahrungen mit der Berliner Regelung informieren und sie im Interesse vieler Arbeitssuchender bundesweit einführen können. Der gesamte Vorgang ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung und ihren Umgang mit Arbeitslosen.

Elke Breitenbach
Abgeordnete

Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente

Auf diesen kausalen Zusammenhang machen die Mitglieder des Kompetenzteams der Rentenkampagne in der Linkspartei Pankow mit Nachdruck aufmerksam.

Arbeitslosigkeit und unstete Erwerbsbiographien führen zu einer geringen Rente und damit zu Armut im Alter.

Als sich unser Initiativkreis Rentenkampagne im Jahre 2008 das erste Mal traf und sich mit der Dimension des Themas befasste, wurde allen Beteiligten schnell klar, wir müssen uns zunächst selbst schulen, damit wir uns später in die Wahlkämpfe kompetent einbringen können.

Ob Dämpfungs- oder Nachhaltigkeitsfaktor, Beitragssatzdeckelung oder Rentenanpassungsformel – wir haben nach dem Verstehen der Begriffe vor allem danach gefragt, welche Auswirkungen diese Faktoren auf die Rente und das Einkommen derjenigen Menschen haben, die bereits RentnerInnen sind und

zukünftig werden. Viele Basisgruppen haben sich bereits Mitglieder des Teams eingeladen und mit ihnen Fragen zur Rentenpolitik diskutiert.

Wir wollen, dass die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Alterssicherung wird und lehnen die Rente mit 67 ab. Wir wollen eine einheitliche soziale Rentenversicherung für alle und die steuerfinanzierte Angleichung der Rente Ost an das Westniveau bis 2012.

„Viele gute Forderungen und schöne Wünsche! Aber finanzieren könnt Ihr das nicht! Verändern kann DIE LINKE sowieso nichts, Ihr seid ja nicht in der Regierung!“

Diese oder andere Bemerkungen werden uns sicher im Wahlkampf begegnen. Darauf hat DIE LINKE klare Antworten. Die Forderungen sind finanzierbar, wenn die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt wird, in die alle einzahlen, so auch Selbständige oder

Beamte. Damit wird die Rente auf eine stabilere Grundlage gestellt.

Dieser Standpunkt wird auch von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden vertreten. Gemeinsam mit diesen Verbündeten aus dem außerparlamentarischen Bereich werden wir den Druck auf die Große Koalition für eine gute Rente erhöhen.

Dennoch, wir können an den Informationsständen keine Rentenberatung leisten. Aber DIE LINKE wird auf geeignete Beratungsstellen hinweisen.

Das Kompetenzteam hat zudem die Rentenungerechtigkeiten in einigen Punkten verständlich zusammengefasst und bereitet zudem ein „Renten-Informationstelefon“ vor.

Gute Arbeit, gute Löhne und gute Rente – das jedenfalls wird der Schwerpunkt der Kampagne der LINKEN zu den Bundestagswahlen sein....

Eveline Lämmer
Kompetenzteam Rentenkampagne



Das Letzte

Die Schirme



Beim „Eisernen Gustav“ in Berlin. Strahlender Sonnenschein und Willi hatte seinen Regenschirm dabei. Auf meine Frage, ob Kachelmann oder er das Tief „Willi“ erwarten, antwortete er, ob ich denn nichts mitbekommen hätte von dem kraftvollen, entschlossenen, gerechten und sozialen Aufspannen von Schirmen überall im Lande. Man könne Frau Merkel und die Bundesregierung glatt mit dem Weihnachtsmann und seinen Wichteln verwechseln.

Jeder, der jammert oder Geld verzockt, bekommt seinen Schirm. Auch Willi möchte ein trockenes Plätzchen, denn „wer unter dem Schirm des Höchsten sitzt und unter dem Schatten des Allmächtigen bleibt, der spricht zu dem HERRN: Meine Zuversicht und meine Burg, mein Gott, auf den ich hoffe“ (Buch der Psalmen).

Moment Willi, sage ich. Zwar geht es beim Finanzschirm auch um „Flüssiges“ von oben, aber hier

nennt man das Zuführung von Liquidität und dafür nützt Dir kein Regenschirm. Du bist auch keiner von den Bankern, die mit Blindheit geschlagen in breiter Front der Welt die Liquidität entzogen haben und daher unser aller Mitleid und vor allem unser aller Geld benötigen.

Ich weiß zwar nicht, wie es Willi trösten sollte, aber um das Thema Spendenschirm gleich mit abzuarbeiten, sage ich ihm noch, dass auch 2008 wieder die Banken die größten Spender der Volksparteien waren, auch wenn's für DIE LINKE dann doch nicht mehr gereicht hat.

Willi hat seinen Regenschirm immer noch in der Hand. Aber wie ist es denn nun mit dem Konjunkturpaket zwei? Könnte man beispielsweise nicht damit auch das Arbeitslosengeld und die Kaufkraft erhöhen?

Mal abgesehen davon, dass Willi Rente erhält, von der er bei den

wahrlich trüben Aussichten kaum leben kann, erkläre ich ihm, dass der Industrieschirm für mehr Arbeitslosengeld nicht ausreicht. Es werde hier schon an die Arbeitnehmer gedacht, aber eher indirekt. Erst müssen die Manager berücksichtigt werden, die uns mit ihrem Einsatz die Arbeit zur Verfügung stellen, auch wenn sie mit Blindheit geschlagen... na ja, siehe oben. Aber wenn die Manager wegen Gewinneinbußen schlecht drauf sind, wirkt sich das auch auf die Arbeitnehmer aus. Also helfen wir uns selbst, wenn wir den Managern helfen.

Die Flasche Korn war leer und Willi recht einsilbig geworden. Er holte aus seiner Tasche einen getrockneten Schirmpilz hervor. Es tangiert unsere Schirmdiskussion zwar nur peripher, aber auch Du solltest Deinen Schirm bekommen, sprach' s und ging. Sein Regenschirm blieb einsam und allein zurück.

Klaus Flemming

WANNWOWASWANNWOWASWANN

23. März 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

24. März 18 Uhr
Informationsabend zur Residenzpflicht, DIE LINKE Pankow und AG Antifa im Gespräch mit der Initiative „United against Rassism and Isolation, in der Bezirksgeschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, S + U Schönhauser Allee

25. März 17 - 18 Uhr
Bürgersprechstunde von Stefan Liebich in der Bezirksgeschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, S + U Schönhauser Allee

19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76, S + U Schönhauser Allee

28. März 10 Uhr
2. Tagung des 2. Landesparteiages, Thema: Gemeinsam Lernen, „andel's Hotel“ in der Landsberger Allee 106, S Landsberger Allee

29. März 10 Uhr
Landesvertreter/innen-Versammlung, Wahl der KandidatInnen der Partei DIE LINKE für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag, „„andel's Hotel““ in der Landsberger Allee 106, S Landsberger Allee

30. März 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

06. April 18 Uhr
Basistag der Pankower LINKEN, zu Gast: Steffen Zillich, Schulpolitischer Sprecher der Linksfraktion im berliner Abgeordnetenhaus; Thema: DIE LINKE für Pro Ethik – Volksabstimmung über das Volksbegehren „Pro Reli“ am 26.04 und die Pläne von Rot-rot zur Schulstruktur, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow in der Kopenhagener Straße 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

07. April 19:30 Uhr
„Transsexualität und Transgender in einer zweigeschlechtlichen Welt“ mit Dr. Barbara Höll, Queer-Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag und Robin Bauer „Ihre Eltern dachten bei ihrer Geburt, dass sie ein Junge wäre.“ im Sonntagsclub, Greifenhagener Straße 28, S + U Schönhauser Allee

08. April 17 - 18 Uhr
Bürgersprechstunde von Stefan Liebich in der Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, S + U Schönhauser Allee 19:30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Str. 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

20. April 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

27. April 18 Uhr
Basistag der Pankower LINKEN, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow in der Kopenhagener Straße 76, Nähe S + U Schönhauser Allee 19:30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Str. 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

28. April 17:30 Uhr
AG Verkehr und Umwelt im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 10

01. Mai 14 - 19 Uhr
1. Mai-Fest an der Bötzw-Eiche, Straße am Friedrichshain beim Kino am Friedrichshain

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 09. März 2009
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 24. April 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Kinder im Regen“ Danziger Str., Andreas Bossmann